

Bundespräsident Gauck schlägt Ursula von der Leyen als Bundeskanzlerin vor



Stern.de (15.04.2013): „Nikolaus Blome, Chef des „Bild“-Hauptstadtbüros, hatte [in seinem neuen Buch](#) geschrieben, Angela Merkel wolle 2015 aufhören. Weil sie dann 60 wird.“

Spiegel online (13.07.2014): „Nach Einschätzung mehrerer Kabinettsmitglieder und hochrangiger Unionspolitiker ist Bundeskanzlerin Angela Merkel entschlossen, als erste deutsche Regierungschefin seit 1949 freiwillig aus dem Amt zu scheiden und nicht auf eine Wahlniederlage oder eine parteiinterne Ablösung zu warten. Das berichtet der SPIEGEL unter Berufung auf Partei- und Regierungskreise.“

Klar, dann braucht Ursula von der Leyen nicht vom Volk gewählt zu werden. Wikipedia gibt dazu folgende Auskunft: „Ist das Amt des Bundeskanzlers vakant, etwa durch den

Zusammentritt eines neuen Bundestages, aber auch durch Tod, Rücktritt oder Amtsunfähigkeit des alten Bundeskanzlers, schlägt der Bundespräsident innerhalb einer angemessenen Frist dem Bundestag einen Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers vor. In dieser Entscheidung ist der Bundespräsident rechtlich frei. Politisch ist jedoch schon lange vor dem Vorschlag klar, über wen der Bundestag abstimmen wird, da der Bundespräsident vor seinem Vorschlag eingehende Gespräche mit den Partei- und Fraktionsspitzen führt. Bisher ist auch stets der von der mehrheitsführenden Koalition ins Spiel gebrachte Nachfolgekandidat vom Bundespräsidenten vorgeschlagen worden. Der Kandidat benötigt zu seiner Wahl die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, also die absolute Mehrheit. Wählt der Bundestag den vom Bundespräsidenten vorgeschlagenen Kandidaten nicht, so beginnt eine zweite Wahlphase. Dieser Fall ist in der Geschichte der Bundesrepublik bisher noch nie eingetreten.“

Bei der nächsten Bundestagswahl hat die Amtsinhaberin dann den [Amtsbonus](#). So wird es laufen. Man kann Merkel viel vorwerfen, aber doof ist die nicht. Mich würde es ja auch reizen, den Nachfolger in meinem Amt selbst bestimmen zu können und nicht das Risiko einer Wahl oder gar Wahlniederlage einzugehen.